

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

2013 – Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen

Die Europäische Union (EU) hat durch die Schuldenkrise bei vielen Unionsbürgern an Vertrauen eingebüßt. Dabei wird häufig übersehen, dass es sich ursächlich um eine Staatsschuldenkrise einzelner europäischer Staaten, nicht jedoch um eine „Eurokrise“ handelt. National gefärbte Kontroversen um Gegenstrategien und soziale Folgen drohen die Eurozone zu spalten und die Zukunft eines vereinigten Europa zu gefährden. Ein Mehr an Europa erscheint vielen Bürgerinnen und Bürgern momentan eher als Schreckgespenst, denn als erstrebenswerte Zukunftsvision. Diesem Trend gilt es entgegenzuwirken.

Das Projekt der europäischen Integration kann aber nur mit der Zustimmung der Menschen vorangebracht werden, die in der EU auch Vorteile und einen Gewinn für sich selbst sehen. Ein Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 und zwanzig Jahre nach der Einführung der Unionsbürgerschaft im Vertrag von Maastricht 1993 hat sich das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger deshalb zum Ziel gemacht die Vorteile der Unionsbürgerschaft, wie z. B. das Recht auf Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen.

Durch ein stärkeres Bewusstsein der EU-Bürgerinnen und Bürger für die zusätzlichen, persönlichen Rechte, die Europa mit sich bringt, wird eine Imageverbesserung der EU angestrebt: Nach jüngsten Umfragen fühlen sich derzeit 48 Prozent der 500 Millionen Europäer und Europäerinnen nicht ausreichend über diese Rechte informiert. Durch zahlreiche Veranstaltungen, Projekte und Kampagnen in ganz Europa soll das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger dieses Defizit beheben und den Mehrwert der EU für jeden Einzelnen aufzeigen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich seiner Zielsetzung und seiner Relevanz für die Menschen im Land Bremen?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat in den letzten drei Jahren unternommen, um die Bremerinnen und Bremer auf ihren persönlichen Mehrwert durch eine Mitgliedschaft in der EU hinzuweisen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

3. Welche Maßnahmen und Projekte plant der Senat im Jahr 2013 im Rahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen in den Bereichen
 - a. Bürger als Privatperson,
 - b. Bürger als Verbraucher,
 - c. Bürger als Einwohner, Student oder Arbeitnehmer und
 - d. Bürger als politischer Akteur?
4. Welche Finanzmittel stehen für diese Maßnahmen und Projekte im Haushalt zur Verfügung und welche europäischen Fördermittel plant der Senat dazu in Anspruch zu nehmen?
5. Welche Maßnahmen und Projekte sind, nach Kenntnis des Senats, darüber hinaus im Jahr 2013 geplant, um die Zielsetzung des Europäischen Jahrs der Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen zu unterstützen?
6. Welche speziellen Maßnahmen und Projekte plant der Senat darüber hinaus, um im Vorfeld der Europawahl 2014 das Bewusstsein der Bremerinnen und Bremer für die Bedeutung dieser Wahl zu stärken?
7. Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Rechte von EU-Bürgern und Bürgerinnen auch nach dem Ende des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen weiter bekannt zu machen?

Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und die Fraktion der
CDU